

Magdeburg, 10. September 2025

Kohle für Kommunen

Kleemann: Akzeptanz entsteht nicht durch Verordnung, sondern durch Beteiligung

Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat am Donnerstag das **Gesetz von Minister Armin Willingmann** zur Steigerung der Akzeptanz und zur Beteiligung beim Ausbau erneuerbarer Energien beschlossen. In der Debatte betonte die **umweltpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Juliane Kleemann**, den verbindlichen Nutzen für die Kommunen und die Menschen vor Ort.

„Endlich werden die Kommunen verbindlich und fair beteiligt. Künftig gilt: Wer eine Wind- oder Solaranlage betreibt, muss die umliegenden Kommunen **angemessen beteiligen**“, sagte Kleemann. Rund 30.000 € landen konsolidierungsunabhängig pro Jahr und Windrad in den Gemeindekassen.

Dadurch bleibe die Wertschöpfung in der Region: „Jeder Euro, der durch die **Energiewende vor Ort erzeugt wird, bleibt zukünftig anteilig in der Kommune** und kann in der Region investiert werden. Das ist nicht nur fair, sondern auch kluge Strukturpolitik für Sachsen-Anhalt.“

Das neue Gesetz bietet dafür einen breiten Rahmen: „Neben den festen Zahlungen können **alternative Beteiligungsmodelle vereinbart werden**. Das heißt: Vor Ort ist Spielraum vorhanden, den Kommunen und Betreibern wird Raum für angepasste Regelungen gegeben und Kreativität ist ausdrücklich erwünscht.“

Zum Abschluss sagte sie: „Heute ist ein guter Tag für Sachsen-Anhalt. Heute beschließen wir ein Gesetz, das Vertrauen schafft, Akzeptanz stärkt und die **Energiewende vor Ort verankert**. Die Koalition hat hart gerungen, die Koalition hat geliefert.“

Pressemitteilung

**Soziale
Politik für
Dich.**

SPD-Fraktion
im Landtag
von Sachsen-Anhalt

Pressestelle
Domplatz 6 – 9
39104 Magdeburg
Pressesprecher: René Wölfer
Telefon: 0391 560-3007
Mobil: 0176 96624796
rene.woelfer@spd-lsa.de

Für die Kommunen wird es vom Ministerium eine Handreichung zur Umsetzung des Gesetzes geben, die neben dem Gesetzestext auch konkrete Auslegungen und Handlungsempfehlungen enthält.